

Literaturbericht

Daniel Schulz

Jenseits von Postdemokratie und Neojakobinismus

Die Demokratiediskussion in der politischen Theorie Frankreichs

Französische Theorieimporte aus den Geistes- und Sozialwissenschaften haben in der Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Tradition. In der Nachkriegszeit war es der Existenzialismus von Jean-Paul Sartre, der humanistische Antitotalitarismus von Albert Camus und der Feminismus von Simone de Beauvoir, der im westlichen Teil Deutschlands begeisterte Aufnahme fand. In den sechziger Jahren war es der Strukturalismus in seinen vielfältigen Spielarten, der viele akademische Diskussionsfelder beeinflusste – sei es in der Linguistik durch Ferdinand de Saussure und Roland Barthes, in der Anthropologie und Ethnologie durch Claude Lévy-Strauss, und in der marxistischen Philosophie durch Louis Althusser. Danach war der akademische Blick über den Rhein lange Zeit vom Poststrukturalismus gefesselt, der in dem breiteren intellektuellen und kulturellen Phänomen der Postmoderne aufging: Michel Foucault, Jacques Derrida, Jacques Lacan, Jean-François Lyotard, Pierre Bourdieu und viele andere mehr wurden in der Philosophie, Psychoanalyse, Soziologie, der Geschichts- und Kulturwissenschaft breit diskutiert. Auch die politische Theorie hat viele dieser Anregungen aufgenommen. Welches aber sind heute die interessanten Anregungen für eine politikwissenschaftliche Rezeption? Der folgende Literaturessay will einige jüngere Entwicklungen der französischen Demokratiediskussion nachzeichnen, die in der deutschen Diskussion der Politikwissenschaft mit einigen Ausnahmen nur wenig Beachtung gefunden haben.

In der deutschen politischen Theorie ist bislang dort, wo außer englischsprachigen Autoren auch kontinentaleuropäische Positionen wahrgenommen werden, ein deutliches Übergewicht radikaldemokratischer Positionen zu konstatieren. Der für Anfang 2012 bei Suhrkamp auch auf Deutsch angekündigte Band „*Démocratie, dans quel état?*“ mit Beiträgen von Jacques Rancière, Alain Badiou, Daniel Bensaid und Jean-Luc Nancy dokumentiert die starke französische Stimme in der kritischen Diskussion der Linken (Agamben u. a. 2009). Problematisch für die demokratie-

theoretische Diskussion scheint dabei jedoch die klare Stoßrichtung, mit der hier gegen die liberale Demokratie, gegen Repräsentation, Vermittlung, Deliberation, Konsens und Kompromiss argumentiert wird. Nicht nur das neu erwachte Interesse an Robespierre zeigt im Zeichen der Liberalisierung und Globalisierung einen vielerseits empfundenen Phantomschmerz, der die verlorene Gegenwart des revolutionären Subjekts beklagt (Žižek 2008; Gallo 2007). Auch Alain Badiou's Interpretation der wahren Demokratie im Anschluss an Rousseau und Platon, seine radikale Kritik des Parlamentarismus sowie Jacques Rancière's antiinstitutionelles Plädoyer für eine Politik der eruptiven Präsenz scheinen nicht eben die besten Adressaten zu sein, um die Zukunft demokratischer Selbstbestimmung auch in der Krise nicht unter Ausblendung individueller Rechte und Freiheiten sowie einer komplexen konstitutionellen Vermittlungsbalance zu denken (Badiou/Rancière 2009). Gleichwohl kann Rancière ein theoretisches Korrektiv der deliberativen Demokratietheorie bieten, wenn er auf die machtvoll verfestigten, gleichheitsverhindernden Konsensstrukturen politischer Diskurse verweist und die Bedeutung hervorhebt, diesen Konsens immer wieder von neuem aufzubrechen und zu öffnen für jene Stimmen, die bislang kein Gehör fanden (Rancière 2002). Auch bedarf die demokratische Ordnung der nichtinstitutionalisierten urbanen Räume bürgerschaftlicher Präsenz. In seiner eindimensionalen Fassung des Politischen, der Reduktion staatlicher Strukturen auf polizeiliche Zwangsgewalt schießt Rancière jedoch über das Ziel hinaus und reproduziert einen antiinstitutionellen Reflex radikaler Demokratietheorien, der auf einen durchaus romantisch zu nennenden Freiheitsbegriff verweist (Greven 2010: 70).

Diese vornehmlich politikphilosophisch argumentierenden Positionen verdecken zudem, dass sich in der demokratietheoretischen Diskussion sehr viel mehr getan hat als die ungebrochenen Fortschreibungsversuche der radikalrepublikanischen Tradition vermuten lassen.¹ In Frankreich lässt sich eine auf mehreren Ebenen geführte politiktheoretische Debatte entdecken, in der liberale und republikanische Positionen zu einer komplexen Gemengelage zusammenkommen. Herausragend aus der Menge an Arbeiten zur Demokratie ist der im deutschen Sprachraum immer noch zu wenig rezipierte Pierre Rosanvallon. Seine demokratiegeschichtliche Trilogie – eigentlich eine im Medium historischer Anschauung geschriebene Demokratietheorie – begreift die demokratische Ordnung in ihrer Geschichtlichkeit, die jedoch nicht im traditionellen Sinne als Akteurs- oder Institutionengeschichte ver-

1 Zur französischen Demokratiediskussion Hirsch/Voigt 2009, zum Politischen Bröckling/Feustel 2010 sowie Bedorf/Röttgers 2010. Zu methodischen Aspekten vgl. zudem Breckman 2010.

standen wird, sondern die Demokratie genealogisch anhand ihrer (Selbst-)Deutungen und Diskurse, ihrer Konflikte konzipiert.

Der erste Band dieser Serie, „Le sacre du citoyen“, entfaltet so anhand der Geschichte des allgemeinen Wahlrechts höchst detail- und kenntnisreich – und dabei zugleich politiktheoretisch auf hohem Niveau – die Wirkung jenes rechtlichen Gleichheitsversprechens, das am Ursprung der demokratischen Revolution zu finden ist: nicht als Rechtsgeschichte, sondern als Geschichte des gesellschaftlichen Wandels durch die symbolische Wirkung eines rechtlichen Prinzips, das seine universalistische Integrationsmacht erst nach und nach entfaltet (Rosanvallon 1992). Rosanvallon versteht das individuelle Wahlrecht dabei nicht zuerst als Ausdruck einer gesellschaftlichen Modernisierung, sondern geht vielmehr umgekehrt der transformativen Wirkung nach, die durch das Postulat eines individualistischen Ordnungsprinzips auf die gesellschaftliche und politische Verfassung in Frankreich seit der Revolution ausstrahlte.

Im Anschluss daran schildert „Le peuple introuvable“ die Geschichte der demokratischen Repräsentation (Rosanvallon 1998). Der französische Fall ist geprägt von der Spannung zwischen dem Volk als Prinzip, als symbolische Figuration und dem Volk als sozialer und politischer Realität. Die Geschichte der französischen Demokratie wurde von den unterschiedlichen Versuchen geprägt, beides zur Deckung zu bringen. Die demokratische Repräsentation setzte so mit der Revolution eine ganze Reihe von Diskursen und Praktiken frei, die um die Aneignung des zentralen Subjekts der demokratischen Legitimität rangen: das Volk. Auf die Unmöglichkeit der perfekten Verkörperung des Volkes in der Demokratie folgt jedoch bald eine pragmatische Wende: Die Spannung wird entschärft zugunsten einer institutionellen Balance, welche die Erfahrung der unmöglichen Verkörperung ins Positive wendet und die Pluralität und Vielfalt der Erscheinung nicht mehr gegen die prinzipielle Einheitsfiktion ausspielt. Parteien, Interessengruppen, Gewerkschaften, die öffentliche Meinung – sie alle werden nun als Teil einer Repräsentationsarbeit betrachtet, die nicht mehr primär auf die monopolistische Repräsentation des Volkes ausgerichtet ist.

Gleichwohl zeigt sich an der Geschichte der Volkssouveränität, die Rosanvallon in „La démocratie inachevée“, dem dritten und letzten Teil der demokratiegeschichtlichen Reihe, schildert, wie schwierig die Übersetzung der neuen, demokratischen Rechtfertigungsmuster politischer Macht in ein dauerhaftes und stabiles Institutionengefüge war (Rosanvallon 2000). Gerade die Spannungen zwischen einer ursprünglichen und einer permanenten Souveränität des Volkes, also zwischen der Idee einer Repräsentation des Souveräns und seiner Präsenz, zwischen einer nur delegierenden und einer eigenmächtig exekutierenden Souveränität, führten dazu,

dass das demokratische Legitimitätsprinzip die demokratische Ordnung selbst immer wieder aushebelte und erst mit der Dritten Republik eine dauerhafte Form für die Ausübung der Volkssouveränität gefunden schien.

Für Rosanvallon sind also gerade auch die gescheiterten Versuche, Sackgassen und Enttäuschungen ein zentraler Teil der Demokratie, deren Bedeutung sich eben nur als politische Erfahrungsgeschichte erschließt. Gleichwohl hat er in zwei weiteren Bänden zur französischen Demokratie den Versuch einer theoretischen Systematisierung unternommen. Schon die Überlegungen aus den drei vorhergehenden Bänden wurden in normativer Hinsicht im Begriff einer komplexen Souveränität konzentriert, der nicht mehr an die Idee einer Realpräsenz des einheitlichen Volkes gebunden ist, sondern die politische Willensbildung zeitlich und räumlich differenziert – ein Punkt, auf den Nadia Urbinati eine zeitgenössische Theorie der repräsentativen Demokratie aufgebaut hat (Urbinati 2006). In „La contre-démocratie“, das sich laut Untertitel mit der „Politik im Zeitalter des Misstrauens“ befasst, versucht Rosanvallon nun das rousseausche, auf positiver Identität und Einheit des souveränen Volkes aufgebaute Demokratiemodell gewissermaßen in eine negative Demokratietheorie umzumünzen: Zur Volkssouveränität in einer liberalen Demokratie gehört demnach ebenso wie die Beteiligung an der Machtausübung die überwachende Machtkontrolle, zur positiven Gestaltungsmacht gehört eine negative Macht des Verhinderns (Rosanvallon 2006). Und schließlich ist das Volk nicht nur in erster Linie Gesetzgeber, sondern auch Richter über politische Entscheidungen – vermittelt über zahlreiche Institutionen wie Gerichtshöfe und Medien, aber auch als urteilsfähige Bürger. Die Theorie der Vetospieler hat also inzwischen auch ihren Weg ins postjakobinische Frankreich gefunden.

In seiner bislang letzten Arbeit hat Rosanvallon die Konsequenzen dieser gegenwärtigen „Dezentrierung“ demokratischer Legitimität zu ziehen versucht und deren komplexe Struktur anhand der Stichworte von Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe rekonstruiert. Die inzwischen auch auf deutsch vorliegende Studie „La légitimité démocratique“ ist deswegen eine anregende Überlegung, weil sie jenseits des in der Demokratietheorie häufig zu beklagenden Grabens zwischen normativem Maximalismus und pessimistisch-postdemokratischer Analyse eine Erweiterung unseres Demokratieverständnisses anstrebt, das im Sinne einer gemischten Verfassung auch jene institutionellen und politisch-kulturellen Elemente mit aufnimmt (Gerichte, unabhängige Körperschaften des öffentlichen Rechts, symbolische Kom-

munikation), die in traditionellen normativen Überlegungen eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung gesehen wurden.²

Nun sind neben den Arbeiten Rosanvillons noch eine ganze Reihe weiterer anregender und lesenswerter Studien zu nennen, die sich jedoch zumeist der Aufarbeitung der eigenen, französischen Geschichte des politischen Denkens zuwenden, ohne dabei immer einen demokratietheoretischen Überschuss von allgemeinem Interesse auch für ein nichtfranzösisches Publikum zu erzielen.³ Demokratietheoretisch innovativ sind jedoch vor allem die Arbeiten von Yves Sintomer zu nennen: Seit seiner zwischen realistischer und normativer Demokratietheorie vermittelnden Studie zu Weber und Habermas versucht dieser, die deliberative Demokratietheorie aus ihrer philosophisch-rationalistischen Prinzipienfixierung zu lösen und sowohl praktische als auch institutionelle Konkretisierungen vorzuschlagen, an denen sich die demokratische Praxis orientieren könnte (Sintomer 1999). Sintomer hatte sich mit verschiedenen Instrumenten der politischen Partizipation jenseits der konventionellen Wahlen befasst.⁴ Insbesondere hat er dabei die Idee des Bürgerhaushalts analysiert, wie sie in der brasilianischen Stadt Porto Alegre seit 1989 praktiziert wird und inzwischen auch in andere Kommunen exportiert wurde (Gret/Sintomer 2004; Herzberg/Röcke/Sintomer 2008). Als kommunale Institutionalisierung demokratischer Partizipationserfahrung zeigt dieses Instrument, wie gerade die auf dieser Ebene häufig anzutreffenden Vorbehalte kommunaler Mandatsträger und Gremien gegen ihre vermeintliche Entmachtung langfristig entkräftet werden konnten und so in eine erfolgreiche Kooperation zwischen Bürgern und Repräsentanten überführt wurden. Im Anschluss an Bernard Manin diskutiert Sintomer aber auch den Einbau von Los- und Zufallsverfahren in die repräsentative Demokratie (Sintomer 2007; Manin 1995; Buchstein 2009). Dieser Ansatz ist somit ein weiteres Beispiel dafür, wie demokratische Teilhabe nicht wie bei Rancière als spontanistische, antiinstitutionelle Formlosigkeit postuliert wird, sondern wie die repräsentativ verfasste politische Ordnung durch kluge institutionelle Arrangements für eine permanente Partizipation der Bürger geöffnet werden kann. Dass jedoch die Verbindung des Budgetrechts – einer genuinen Domäne parlamentarischer Entscheidungshoheit – mit direktdemokratischen Verfahren auch eine gewisse Sprengkraft birgt,

2 Für eine genauere Besprechung von Rosanvillon 2008 vgl. Diehl/Schulz i. E. Im September 2011 erschien in Frankreich zudem der Band „La société des égaux“, in dem Rosanvillon der Idee und dem Wandel der demokratischen Gleichheit nachgeht und der mit „La contre-démocratie“ und „La légitimité démocratique“ eine thematische Einheit bildet.

3 So etwa Sadoun 2000; Spitz 2005; Jaume 2008; Le Goff 2003; Audier 2004, 2006 sowie 2010; Mineur 2010; Capdevielle 2005; Zarka 2010.

4 Vgl. hierzu grundsätzlich die Sammelbände Bacqué/Rey/Sintomer 2005; Bacqué/Sintomer 2010; Bacqué/Sintomer 2011.

sollte spätestens nach den kalifornischen Erfahrungen einer politischen Selbstblockade deutlich geworden sein. Die Verbindung einer solchen deliberativ verfassten Entscheidungskompetenz mit konstitutionellen „gag-rules“ (Holmes 1988) sollte man daher gerade in solch sensiblen Politikfeldern wie der Haushalts- und Steuerpolitik nicht zu schnell aus den Augen verlieren.

Als zweiter großer demokratietheoretischer Denker aber muss neben Rosanvallon vor allem Marcel Gauchet genannt werden. Ebenso wie Rosanvallon ist er in direkter Linie mit dem Versuch einer postjakobinischen, rousseaukritischen Demokratietheorie verbunden, den sein (und auch Rosanvallons) akademischer Lehrer Claude Lefort seit den siebziger Jahren zusammen mit anderen Denkern wie François Furet oder Cornelius Castoriadis begonnen hatte. Sowohl Gauchet als auch Rosanvallon begreifen Demokratietheorie nicht im Sinne von Habermas und Rawls als die Suche nach normativ-abstrakten Vernunftprinzipien, sondern als Reflektion politischer Erfahrung im Rahmen von politisch-kulturellen Möglichkeitsräumen (Rosanvallon 1998: 467; zu Habermas/Rawls als „prozedurale Illusion“ ebd.: 437). Damit jedoch liegt diesen Theorien keineswegs eine normative Verzichtshaltung zugrunde, geschweige denn dass sie sich als irrational abtun ließen. Vielmehr versuchen sie gerade in der historischen Rekonstruktion der politischen Möglichkeitsräume die unsichtbaren Beschränkungen aufzuzeigen, die in struktureller Hinsicht eine demokratische Ordnung auf der Suche nach autonomer Selbstbestimmung immer wieder – im Guten wie im Schlechten – über sich hinaus treiben. Die historische Rekonstruktion dient damit eben auch der demokratischen Selbstaufklärung über die eigenen Leitideen und ihre spannungsreiche Beziehung zu den verschiedenen, im steten Wandel befindlichen institutionellen Ordnungsversuche und politischen Praktiken.

Gauchet hat diese demokratische Selbstaufklärung nun in einem noch weiteren Rahmen unternommen als Rosanvallon, da er sie in der mit der Säkularisierung entstandenen Leerstelle des Religiösen einzuordnen versucht: Die Grundlagen des Unternehmens wurden mit seiner Studie über die Entzauberung der Welt gelegt, die in Verbindung von Philosophie-, Ideen- und Politikgeschichte nichts weniger als eine Entwicklungsstudie der historischen Verläufe des europäischen Ordnungsdenkens unternommen hat. Vergleichbar mit Charles Taylor in „A Secular Age“ – der sich in seiner Kritik der Säkularisierungstheorie im Übrigen stark auf Gauchet stützt und auch das Vorwort zur englischen Übersetzung verfasst hat – versucht Gauchet, in „Le désenchantement du monde“ die Herausbildung des spezifisch europäischen „politisch-theologischen Komplexes“ zu rekonstruieren (Taylor 2007: 426; Gauchet 1997 und 1985; Lefort 1999).

Die Genese des modernen Staates wird nach Gauchet so zunächst durch die Verkörperung einer räumlich jenseitigen Transzendenz erklärt. Die mit dem Rückzug Gottes aus der Welt entstehende Leerstelle wird dann nach und nach vom Staat in Besitz genommen. Mit der Autonomisierung der diesseitigen Welt verblasst auch die religiöse Transzendenz: Aufgrund dieser in der Transzendenz Gottes angelegten innerweltlichen Autonomisierungspotentiale spricht Gauchet auch vom Christentum als Religion, die das Ende der Religion als gesellschaftliches Ordnungsprinzip bereits in sich trägt (Gauchet 1998). Die vom Staat eingenommene Leerstelle verweist dabei von Anfang an auf eine weltliche Legitimationsbasis politischer Herrschaft. Mit dem Staat und der weltlichen Autonomisierung verblasst so zum einen die religiöse Transzendenz als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Zugleich entsteht jedoch mit dem Staat eine innerweltliche Verkörperung des Anderen, die nicht mehr auf Gott verweist, sondern auf die Gesellschaft selbst, die sich im Staat symbolisch verkörpert. Die Jenseitigkeit des Anderen wird damit überführt in eine Diesseitigkeit. Diese innerweltlichen Transendenzen bestehen in den sakralen Verkörperungen wie etwa König, Staat, Nation, Volk, Menschheit etc. Hier handelt es sich um „transzendente Personifizierungen und Subjektivierungen kollektiver Einheiten, die den Schlüssel zur politischen Entwicklung der Moderne enthalten“ (Gauchet 1985: 179).

Über die Matrix dieser Umbruchzeit lässt sich dann auch die Bedeutung der Französischen Revolution mit Gauchet neu herausarbeiten. „La révolution des droits de l’homme“ schildert die Revolution als Umbruch zu einer neuen Gesellschaft, deren blinder Fleck jedoch in der Unmöglichkeit besteht, ihre eigene Grundlage – die politische Repräsentation anstelle der realpräsenten Verkörperung von Macht – zu denken (Gauchet 1989). Im direkten Anschluss an die Konzentration der Macht in der Person des Königs glaubt die Revolution, allein durch Übernahme dieser Macht die Mittel in der Hand zu haben, um die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit verwirklichen zu können – ohne jedoch dauerhafte Wege zu finden, die Macht selbst in einer demokratischen Weise zu transformieren, sie also um der Freiheit willen ihres Absolutheitscharakters zu entkleiden. „La révolution des pouvoirs“ zeigt anhand der Diskussion um die Ordnung der politischen Gewalten, wie die Revolution anhand der Idee einer „Dritten Gewalt“ diesen blinden Fleck umkreist, ohne ihn jemals wirklich erfassen zu können. Die demokratietheoretische Erblast dieser Debatte liegt daher in der lange Zeit perpetuierten Unmöglichkeit, demokratische Volkssouveränität in ihrer konstitutionellen Dimension als Akt der Ermöglichung und der Limitierung zugleich denken zu können.

Die auf vier Bänder angelegte „L’avènement de la démocratie“ stellt nun den umfassend angelegten Versuch dar, die Thesen dieser vorangegangenen Bücher

noch einmal am historischen Material zu schärfen und weiter zu entwickeln. In gewisser Weise kann man diese Arbeit als das Ergebnis einer Konfrontation von Gauchets Studie „Le désenchantement du monde“ mit seinen demokratietheoretischen Arbeiten im engeren Sinne lesen. Drei Bände liegen zu diesem Zeitpunkt vor: „La révolution moderne“, „La crise du libéralisme“, „À l'épreuve des totalitarismes 1914-1974“. Der vierte Band („Le nouveau Monde“) wird die erneute Krise der demokratischen Autonomie seit der Mitte der 1970er Jahren behandeln. Anders als die politische Theologie eines Carl Schmitt oder die politische Philosophie von Eric Voegelin und Leo Strauss gilt für Gauchet der methodische Zugriff über den historisch-kulturellen Organisationsrahmen des kollektiv Glaub- und des Denkbaren. Dabei steht nicht die Klage über den neuzeitlichen Verlust des Metaphysischen im Vordergrund, und auch die normative Frage der Legitimität säkularer Umbesetzungen ist nicht wie noch in der Auseinandersetzung von Hans Blumenberg mit Schmitt leitend. Vielmehr handelt es sich um eine am dynamischen Wandel, an den politisch-kulturellen Transformationen interessierte Analyse der modernen Selbstbeschreibung, die mit ihrer Genese aus den vormodernen, religiös codierten Ordnungsvorstellungen in Bezug gesetzt wird. Was gewöhnlich – und gerade in dieser Selbstbeschreibung – als Bruch erscheint, ist für Gauchet nur erklärbar, wenn die latenten Kontinuitätslinien sichtbar gemacht werden, die diesen Bruch überdauern: Zentral ist dabei die Kontinuität einer Totalitätsvorstellung politischer Macht, aus der sich das demokratische, postrevolutionäre Zeitalter erst langsam herausarbeiten muss. Zu den in diesem Prozess zu beklagenden Rückfällen gehören nach Gauchet auch und gerade die totalitären Ordnungsversuche des zwanzigsten Jahrhunderts, die im dritten Band untersucht werden.

Ähnlich wie Lefort, der in der modernen Differenzierung von Recht, Macht und Wissen einen grundlegenden Freiheitsgaranten der politischen Verfasstheit sah, versteht Gauchet die Mischverfassung der liberalen Demokratie als eine stets prekäre Balance der Geltungsräume von Recht, Politik und Geschichte. Die erste, mit der Revolution errichtete Synthese dieser Spannungsbalance – der auf der Basis von allgemeinen und gleichen Rechten errichtete Nationalstaat – sollte jedoch schon bald wieder zerfallen. Gauchet macht für diese gestörte Balance die trotz ihrer Entmachtung im Hintergrund immer noch wirksame religiöse Matrix und ihre Einheitsfixierung verantwortlich, die jeden der drei Teilbereiche des modernen Autonomiestrebens zu einer Verabsolutierung drängt – sei es die historische Identität der Nation, sei es die staatlich institutionalisierte politische Macht, sei es die Universalität der Menschenrechte. Die Geschichte der Demokratie seit der Französischen Revolution ist für Gauchet daher in erster Linie vom Konflikt, von der Destruktion und der Rekonstruktion einer dauerhaften Balance dieser Geltungsdimensionen

moderner Autonomie geprägt. Der unbewusste, durch die nach dem Ende der Religion weiterhin wirksamen Denk- und Ordnungsformen verursachte Drang zur Wiederherstellung einer innerweltlichen Transzendenz jedoch führt auch in der liberalen Moderne zu einer Wiederkehr des Verdrängten: Die „liberalen Idole“ sind der Fortschritt, die Wissenschaft und das Volk. In ihnen sind die transzendenten Einheitsfiktionen des Religiösen weiter präsent und führen letztlich dazu, dass die Ordnungsversuche des Liberalismus krisenhaft über sich hinaus getrieben werden: Der Imperialismus und der Nationalismus gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts sind gleichermaßen die paradoxalen Effekte, die den erneuten Bruch der modernen Ordnungssynthese markieren und die schließlich zur totalitären Wiederherstellung der einstmals religiös codierten Einheit im zwanzigsten Jahrhundert führen.

Nun hat dieses Werk trotz seiner ungemein anregenden Thesen und seiner beeindruckenden, geistesgeschichtlich weit verzweigten Argumentationsgänge auch gewisse Schwächen aufzuweisen. Im Vergleich mit der Trilogie Rosanvillons, der sich aus der historischen Anschauung mehr und mehr zur demokratietheoretischen Reflexion durcharbeitet, droht sich Gauchet im Verlauf der bisher vorliegenden 1.200 Seiten zunehmend im historischen Material zu verlieren. Der am Beginn stehende straffe begrifflich-theoretische Zugriff lockert sich, bis sich irgendwann im letzten Drittel des zweiten Bandes das Material zu verselbstständigen beginnt. Dort, wo dann im dritten Band die theoriegeleitete Interpretation der modernen Ordnungsproblematik wieder aufscheint, operiert sie jedoch zugleich mit problematischen Begriffen, allen voran der Bezeichnung des Totalitarismus als „säkulare Religion“. Auch wenn Gauchet nicht wie andere vor ihm – im deutschsprachigen Raum Eric Voegelin, Hans Maier, Hermann Lübke – mit dieser Bezeichnung eine normative Pointe zugunsten der (kirchlich verfassten) christlichen Offenbarungsreligionen verbindet, so überzeugt die Tragweite des Religionsbegriffs auch hier nicht wirklich. Wenn, so wäre zu fragen, die totalitären Ordnungen in ihrer Genese vor dem Hintergrund verblasster religiöser Transzendenz erklärt werden können – müssen sie dann notwendigerweise selbst als eine Form der Religion gelten? Könnten die politischen Einheits- und Totalitätsansprüche nicht auch als nicht-religiöse Transzendenz interpretiert werden? In der Anwendung auf die totalitären Phänomene erleidet der Religionsbegriff eine Überdehnung, weil er eben auch im Differenten immer nur die gleiche religiöse Hintergrundcodierung erblicken kann, anstatt vielmehr das Gemeinsame von Religion und Totalitarismus in den transzendenten Geltungsansprüchen zu erblicken.⁵ Trotz dieser Kritik darf man gespannt sein, ob

5 Vergleiche dazu die Überlegungen bei Vorländer 2010 im Kontext des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“.

und wie es Gauchet gelingen wird, im letzten Band den demokratietheoretischen Kreis wieder zu schließen und auf der Grundlage seiner historischen Strukturierungsarbeit eine gegenwartsdiagnostische Perspektive auf die Probleme und die Zukunft der Demokratie zu entfalten.

Gerade hier liegt letztlich der entscheidende Punkt für die Anschlussfähigkeit von Rosanvallon und Gauchet an die politikwissenschaftliche Demokratietheorie der Gegenwart. Sowohl Rosanvallon als auch Gauchet sind trotz ihrer normativen Präferenz für ein liberal-demokratisches, durch eine Mischung von ermöglichenden und limitierenden Faktoren gekennzeichnetes politisches Regime keineswegs unkritisch gegenüber zeitgenössischen Entdemokratisierungstendenzen. Anders als viele radikalrepublikanische Autoren argumentieren sie jedoch nicht von jener jakobinischen Kultur des Ausnahmezustands her – sei es in Gestalt des „Ereignis“, sei es in der romantisierenden Erhöhung des Politischen zur Erscheinung eines Bruches –, sondern von der liberal-republikanischen Bemühung um eine institutionelle und politisch-kulturelle Spannungsbalance zwischen den mitunter widersprüchlichen Leitideen der modernen politischen Ordnung, die angesichts der zunehmenden Erosion politischer Handlungsräume bedroht ist. Gauchets Diktum „die Menschenrechte sind keine Politik“ erinnert uns zudem daran, dass die Verrechtlichungstendenzen im modernen demokratischen Verfassungsstaat nicht allein von jenen bürokratischen Rationalisierungsformen herrühren, in denen schon Weber die Grundlage des modernen Anstaltsstaates erkannte (Gauchet 2002: 1 ff.). Auch die emanzipatorische Berufung auf die universalen Menschenrechte in allen Bereichen der Politik bahnt einer philosophischen Fiktionalisierung der Politik den Weg, gegen den sich die republikanische Tradition immer schon mit dem Verweis auf die soziomoralische Verankerung politischer Ordnung zur Wehr gesetzt hat und auch die notwendige Einbettung abstrakter Prinzipien in eine politisch-institutionelle Machtdimension stets betonte. Eine liberal-republikanische Ordnungssynthese, eine Mischverfassung der modernen Demokratie, wie sie beide Denker aus unterschiedlichen Perspektiven anstreben, kann daher nur gelingen, wenn die republikanische Tradition vom Ballast ihrer partikularen Einheits- und Präsenzfiktion befreit wird und umgekehrt die liberale Tradition ihren Drang zur universalistischen Entgrenzung reflektiert, in der die demokratischen Geltungsräume stets von einer Entropie des Politischen bedroht sind.

Literatur

- Agamben, Giorgio/Badiou, Alain/Bensaid, Daniel/Brown, Wendy/Nancy, Jean-Luc/Rancière, Jacques/Ross, Kristin/Zizek, Slavoj, 2009: *Démocratie, dans quel état?*, Paris.
- Audier, Serge, 2004: Raymond Aron: La démocratie conflictuelle, Paris.
- Audier, Serge, 2006: *Le socialisme libéral*, Paris.
- Audier, Serge, 2010: *La pensée solidariste*, Paris.
- Bacqué, Marie-Hélène/Rey, Henri/Sintomer, Yves (Hrsg.), 2005: *Gestion de proximité et démocratie participative*, Paris.
- Bacqué, Marie-Hélène/Sintomer, Yves (Hrsg.), 2010: *La démocratie participative inachevée: Genèse, adaptations et diffusions*, Paris.
- Bacqué, Marie-Hélène/Sintomer, Yves (Hrsg.), 2011: *La démocratie participative: Histoire et généalogie*, Paris.
- Badiou, Alain/Rancière, Jacques, 2009: *Politik der Wahrheit*, Wien (2. Aufl.).
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.), 2010: *Das Politische und die Politik*, Frankfurt a. M.
- Breckman, Warren, 2010: On Writing the History of French Theory, in: *Journal of the History of Ideas* 71 (3), 339-361.
- Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (Hrsg.), 2010: *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*, Bielefeld.
- Buchstein, Hubertus, 2009: *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*, Frankfurt a. M. u. a.
- Capdevielle, Jacques, 2005: *Démocratie: la panne*, Paris.
- Diehl, Paula/Schulz, Daniel, i.E.: Rosanvallon's Beitrag zur Demokratietheorie, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*.
- Gallo, Max, 2007: *Robespierre*, Stuttgart.
- Gauchet, Marcel, 1985: *Le désenchantement du monde. Une histoire politique de la religion*, Paris.
- Gauchet, Marcel, 1989: *La révolution des droits de l'homme*, Paris (dt. Übersetzung 1991).
- Gauchet, Marcel, 1997: *The Disenchantment of the World. A Political History of Religion*, Princeton.
- Gauchet, Marcel, 1998: *La religion dans la démocratie*, Paris.
- Gauchet, Marcel, 2002: *La démocratie contre elle-même*, Paris.
- Gauchet, Marcel, 2007 a: *L'avènement de la démocratie I: La révolution moderne*, Paris.

- Gauchet, Marcel*, 2007 b: L'avènement de la démocratie II: La crise du libéralisme, Paris.
- Gauchet, Marcel*, 2010: L'avènement de la démocratie III: À l'épreuve des totalitarismes 1914-1974, Paris.
- Gret, Marion/Sintomer, Yves*, 2004: The Porto Alegre Experiment. Learning Lessons for a better Democracy, New York.
- Greven, Michael Th.*, 2010: Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung, in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hrsg.), Das Politische und die Politik, Frankfurt a. M., 68-88.
- Herzberg, Carsten/Röcke, Anja/Sintomer, Yves*, 2008: Les Budgets participatifs en Europe. Des services publics au service du public, Paris (dt. Übersetzung 2009).
- Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.)*, 2009: Der Staat in der Postdemokratie: Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken, Stuttgart.
- Holmes, Stephen*, 1988: Gag Rules, or the Politics of Omission, in: Jon Elster/Rune Slagstad (Hrsg.), Constitutionalism and Democracy, Cambridge, 19-58.
- Jaume, Lucien*, 2008: Tocqueville: Les sources aristocratiques de la liberté, Paris.
- Lefort, Claude*, 1999: Fortdauer des Theologisch-Politischen?, Wien.
- Le Goff, Jacques*, 2003: La démocratie post-totalitaire, Paris.
- Manin, Bernard*, 1995: Principes du gouvernement représentatif, Paris.
- Mineur, Didier*, 2010: Archéologie de la représentation politique. Essai sur la crise de la représentation, Paris.
- Rancière, Jacques*, 2002: Das Unvernehmen: Politik und Philosophie, Frankfurt a. M.
- Rosanvallon, Pierre*, 1992: Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 1998: Le peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 2000: La démocratie inachevée. Histoire de la souveraineté du peuple en France, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 2006: La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 2008: La légitimité démocratique. Impartialité, réflexivité, proximité, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 2011: La société des égaux, Paris.
- Sadoun, Marc (Hrsg.)*, 2000: La démocratie en France. 2 Bände, Paris.
- Sintomer, Yves*, 1999: La démocratie impossible. Politique et modernité chez Weber et Habermas, Paris.

- Sintomer, Yves*, 2007: Le pouvoir au peuple. Jurys citoyens, tirage au sorte et démocratie participative, Paris.
- Spitz, Jean-Fabien*, 2005: Le moment républicain en France, Paris.
- Taylor, Charles*, 2007: A Secular Age, Cambridge u. a.
- Urbinati, Nadia*, 2006: Representative Democracy. Principles and Genealogy, Chicago.
- Vorländer, Hans (Hrsg.)*, 2010: Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804, Dresden.
- Zarka, Yves Charles (Hrsg.)*, 2010: Repenser la démocratie, Paris.
- Zizek, Slavoj*, 2008: Entre vertu et terreur. Les plus beaux discours de Robespierre, Paris.

Korrespondenzanschrift:

Dr. phil. Daniel Schulz
SFB 804, TP H
TU Dresden
01062 Dresden
E-Mail: Daniel.Schulz@tu-dresden.de